

Handout Innenpolitik Bismarcks im Kaiserreich

Parteienspektrum:

Es gab keine Volksparteien wie heute. Zu Beginn des Kaiserreiches gab es Honoratiorenparteien und wenige Massenparteien.

Das Parteiensystem lässt sich in **5 parteipolitische Strömungen** unterteilen. Die Ziele der Strömungen sind stichpunktartig aufgelistet.

Liberalismus: <ul style="list-style-type: none"> • Marktwirtschaft • Rechtsstaatlichkeit • Wahrnehmung individueller Freiheitsrechte 	
<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> ↙ ↘ </div>	
Nationalliberalismus: <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Reichstages • Befürworter Politik Bismarcks 	Linksliberalismus: <ul style="list-style-type: none"> • Parlamentarisierung • Sozialpolitik • Kritiker Politik Bismarcks

Honoratiorenparteien

- wenig Mitglieder
- ehrenamtliche Parteiämter
- Mitglieder waren Bürger mit Ansehen in ihrem sozialen oder politischen Umfeld

Massenparteien

- breite Bevölkerungsschichten
- politische Führungs- und Organisationsstruktur

Sozialdemokraten:

- Interessen der arbeitenden Bevölkerung
- demokratische Beteiligung- und Teilhabemöglichkeiten

Konservative:

- ständische u. soziale Privilegien für Adlige u. Großgrundbesitzer
- Befürworter Politik Bismarcks

Zentrum:

- Bekenntnis zum politischen Katholizismus
- soziale Privilegien des Adels stärken
- soziale Absicherung stärken
- verschiedene Ziele durch unterschiedliche soziale Hintergründe

Politische Strömung	Parteien
Sozialdemokraten	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
Nationalliberalismus	Liberale Reichspartei
	Nationalliberale Partei
Linksliberalismus	Deutsche Fortschrittspartei
	Deutsche Volkspartei
Zentrum	Zentrumspartei
Konservative	Deutsch-Konservative Partei
	Freikonservative
	Deutsche Reichspartei

Kulturkampf:

Gründe Bismarcks:

- Bevölkerung sollte auf den Kaiser hören
- Kirche hatte **zu viel Einfluss** auf Volk → politische Partei der Kirche sei Gefahr
→ Reichsfeind: Katholische Kirche

Gründe der Liberalen:

- sahen Kirche als anti-aufklärerische Bewegung

Gemeinsames Ziel: Die oppositionelle Zentrumspartei soll zerschlagen werden.

Reichsfeind

Herabsetzende Bezeichnung, die Bismarck für Gegner seiner Politik benutzte

1. Phase:

- 1871 Kanzelparagraph (Verbot kritischer politischer Aussagen in Predigten)
- 1872 Staatliche Schulaufsicht (Ende kirchlicher Schulaufsicht → kirchlicher Einfluss auf Bildung wurde reduziert)
- 1872 Jesuitengesetz (Unterbindung von Aktivitäten des Jesuitenordens)
- 1873 Maigesetz(e) (Kulturexamenpflicht → Erschwerung der Anstellung von kirchlichen Mitarbeitern, mehr Einfluss auf die Kirche)
- 1874 Zivilehe (Trauung nur noch im Standesamt, keine kirchliche Trauung)
- 1875 Brotkorbgesetz (beendet Zahlungen an die Kirche)

2. Phase:

- katholische Kirche schloss sich enger zusammen
- Protestanten wurden nicht vereint
- Liberalen lehnten autoritäre Maßnahmen Bismarcks ab
→ politische Spannungen → Mehrheit Bismarcks gefährdet
- 1880 bis 1883 Milderungsgesetze (unter anderem Abschaffung Kulturexamenpflicht)
- 1886 bis 1887 Friedensgesetze (Abschaffung Schulaufsichtsgesetz, Zivilehe)

Ende Kulturkampf 1887 (Diplomatische Annäherungen zwischen Bismarck und dem Papst)

Fazit:

Der Kulturkampf bewirkte genau das **Gegenteil**, denn **die Zentrumspartei wurde stärker** und ein Großteil der Gesetze wurde aufgelöst, auch Bismarck hatte viele politische Befürworter verloren.

Sozialistengesetz:

Ausgangslage:

Die erste Phase des Kulturkampfes war beendet. Die Sozialdemokraten waren nun der neue **Reichsfeind** Bismarcks, seine Sorge war, sie würden zu viel Macht erlangen und es würde zu einem Sturz der Monarchie und Bismarcks Regierung kommen.

Ziel:

- Handlungsmöglichkeiten der Partei einschränken
- durch Gesetzgebungen den Sozialdemokraten die Unterstützer stehlen

Auslöser:

Es gab zwei Attentate 1878 auf Kaiser Wilhelm I. und Bismarck beschuldigte die Sozialdemokraten und nahm dies als schlussendlichen Auslöser für das Sozialistengesetz.

Das Sozialistengesetz: (Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie)

Inkrafttreten am 22.10.1878

Inhalt:

- gegen sozialistische **Handlungen**
- Verbot aller **Vereine** mit sozialistischer o. kommunistischer Ideologie
- Verbot sozialistischer **Versammlungen u. Zeitungen**
- verschärfte polizeiliche Kontrollen von Sozialdemokraten

Folgen:

- soziale Verfolgung der Sozialisten
- Gesetz griff nicht komplett ins Wahlrecht ein → Sozialdemokraten konnten weiter gewählt werden
→ Sozialistengesetz war **nicht effektiv**

Sozialgesetze:

Grund:

Um die Anhänger der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, welche vorrangig Arbeiter waren, für den Staat zu gewinnen und zu binden führte die Regierung Sozialgesetze ein. So sollten die Anhänger der Sozialdemokraten schwinden.

Die Sozialgesetze:

- 1883 Krankenversicherung für Geringverdiener
- 1884 Unfallversicherung für Arbeiter
- 1889 Altersrente u. Invaliditätsrente

Fazit:

Die Sozialgesetze waren vergebens und die Zahl an Sozialdemokraten stieg weiter rasant an. Die damaligen Sozialgesetze sind Vorbild für unser heutiges Sozialsystem.